

## D           GESCHICHTE UND LÄNDERKUNDE

DGAC       Schweiz

Basel

1960 - 2024

**25-2**       *Auf dem Weg ins Jetzt* : Basel seit 1960 / Tobias Ehrenbold, Silas Gusset, Anina Zahn. Hrsg. von Martin Lengwiler. - 1. Aufl. - Basel : Christoph-Merian-Verlag, 2025. - 336 S. ; 25 cm. - (Stadt.Geschichte.Basel ; 8). - ISBN 978-3-03969-008-4 : SFr. 39.00, EUR 39.00  
[#9592]

Mit dem hier vorliegenden achten Band<sup>1</sup> ist der chronologische Durchgang durch die Basler Stadtgeschichte von der Frühzeit bis zur Gegenwart abgeschlossen. Die beiden noch ausstehenden Bände werden sich mit der Entwicklung des Stadtraumes beschäftigen sowie noch einmal einen kurz gefaßten Überblick über die Stadtgeschichte liefern.

Für die Jahre zwischen 1960 und der Gegenwart arbeiten die Autoren drei große Handlungsstränge heraus. So beschäftigen sie sich erstens mit der Wirtschaft Basels, die freilich am Rande der Schweiz liegt, aber gleichwohl vielfältig international vernetzt ist. Im Selbstverständnis der Basler stellt sich die Stadt jedoch nicht mehr so sehr als Wirtschafts-, sondern vielmehr als Kulturstandort dar.

Zweitens geht es um den enormen Ressourcenverschleiß der Stadtgesellschaft in den letzten sechs Jahrzehnten und die daraus resultierenden ökologischen Krisen. Wie können diese bewältigt werden, wie soll die Stadt in der Zukunft noch lebensfähig und lebenswert sein? Schließlich beschäftigt sich der Band drittens mit der „Stadt als Integrationsmotor“ (S. 13): Minderheiten streben nach politischer Partizipation, zugleich sind zehntausende Menschen in den letzten Jahrzehnten nach Basel gezogen und müssen in die städtische Gesellschaft integriert werden, woraus sich gleichermaßen Herausforderungen und Chancen ergeben.

Der zweite und der dritte soeben genannte Entwicklungsstrang sollen im Folgenden etwas näher herausgegriffen und anhand einiger Beispiele vertieft werden.

Der Weg in die ökologische Krise ist nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem explosionsartigen Anwachsen der Stadt Basel seit 1940 zu sehen. Lebten damals 170.000 Menschen in der Stadt, so waren es im Jahr 1970 235.000. Anschließend ging die Bevölkerungszahl etwas zurück, um ab der Jahrtausendwende wieder anzusteigen, so daß in Basel heute etwa 200.000 Menschen leben. Trotz des Bevölkerungsverlustes im Vergleich zu

---

<sup>1</sup> Inhaltsverzeichnis: <https://d-nb.info/1311836683/04>

1970 stieg im Zusammenhang mit veränderten Lebensgewohnheiten und verstärktem Konsum der Ressourcenverbrauch massiv an. So sind heute im Vergleich zu 1960 sowohl die Wohnfläche je Bürger wie auch der Energieverbrauch zweimal so groß bzw. hoch. Diese Feststellung gilt auch für den von der Basler Gesellschaft produzierten Müll und die Zahl der Autos, die in Basel unterwegs ist, wie überhaupt Infrastruktur und Kommunikationsnetze seit 1960 erheblich ausgebaut wurden. Besonders anschaulich zeigt der Band auf, wie in den 1960er Jahren vor allem Überlegungen zur Schaffung einer möglichst autogerechten Stadt im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Diskurses gestanden haben.

Erst ab den 1970er Jahren entstand ein Bewußtsein für das massive Zerstörungspotential von Großindustrien. In diesem Sinne beschreiben die Autoren den am Ende erfolgreichen Protest gegen das vor den Toren der Stadt vom Kanton Aargau geplante Atomkraftwerk von Kaiseraugst. Noch deutlicher wurden die von der Großindustrie ausgehenden Gefahren im Zusammenhang mit der Katastrophe von Schweizerhalle am 1. November 1986. An diesem Tag kam es in Schweizerhalle bei Muttenz (Kanton Basel-Landschaft) zu einem Brand in einer Lagerhalle der Firma Sandoz, in dessen Folge nicht nur Gestank und Rauchschwaden austraten, sondern Löschwasser ungefiltert in den Rhein abgeleitet wurde – mit massiven Schäden für die Umwelt. Selbst 300 km flussabwärts kam es zum massivem Fischsterben und eine ganze Reihe von Kommunen in Deutschland und den Niederlanden mußten ihre Trinkwasserbrunnen schließen, so daß mitten im Herbst Trinkwassermangel herrschte.

Aus der Darstellung wird deutlich, in welchem Maße die Großindustrie, aber auch die Politik mit dem Krisenmanagement überfordert waren. Beispielsweise wurde erst fünf Stunden nach Ausbruch des Brandes Alarm gegeben und Sandoz gab nicht umfassend bekannt, welche Chemikalien sich überhaupt in der betreffenden Halle befunden hatten. Während der Erziehungsdirektor des Kantons Basel-Stadt um sieben Uhr Entwarnung gab und erklärte, der Schulunterricht werde ab 9.30 Uhr fortgesetzt, wurde im Radio eine gegenteilige Nachricht gesendet. Besonders unangenehm stieß der Bevölkerung zudem auf, daß seitens der Regierung anfänglich nur von einem „Ereignis“ (zitiert S. 50) gesprochen wurde, anstatt offen das Wort Katastrophe zu verwenden. Unter diesen Voraussetzungen endete ein Bürgerforum am 9. November 1986 fast schon zwangsläufig im Tumult – gleichwohl öffnete die Katastrophe von Schweizerhalle durchaus auch Chancen: Denn nun ging die Zivilgesellschaft ihrerseits mit einer Reihe von Initiativen voran. So initiierten beispielsweise Studierende der Universität das interdisziplinäre Lehr- und Forschungsprojekt „Mensch – Gesellschaft – Umwelt“ (MGU), das schließlich vom Kanton Basel-Landschaft unterstützt wurde, und aus dem heraus sich das Fach Nachhaltigkeitsstudien an der Universität Basel entwickelte.

Auch entstanden aus Schuldzuweisungen letztlich doch eine ganze Reihe konkreter Maßnahmen im Bereich Umweltschutz: So wurde der Katastrophenschutz verbessert (Maßnahmen seitens der Kantonsregierung; zudem 1991 nationale Störfallverordnung), zugleich entstand eine Kantonale Kon-

trollstelle für Chemiesicherheit, Gift und Umwelt, die an die Stelle der bisher alleinigen Zuständigkeit des Kantonschemikers für diesen Kompetenzbereich trat. Auch schuf Basel-Stadt gemeinsam mit der Nachbarstadt Weil am Rhein eine Rheinüberwachungsstation. Die Chemieindustrie ihrerseits führte auf Druck der Öffentlichkeit „Risikoanalysen und neue Sicherheitsmaßnahmen ein“ (S. 53), bei denen nun nicht mehr nur die Produktion, sondern auch die Lagerung von Chemikalien kontrolliert wurde. Zum weltweiten Standard wurde jetzt „das neue, für Sandoz entwickelte Becken für das Löschwasser“ (ebd.), in Deutschland bekannt als „Sandozbecken“. Im übrigen schloß auch Sandoz-Konkurrent Ciba-Geigy im Gefolge des Unglücks von Schweizerhalle 11 seiner insgesamt 72 Lagerstandorte. Sandoz selbst mußte übrigens 40 Millionen Franken Entschädigung an Betroffene in der Schweiz sowie in den nördlichen Rheinanrainerstaaten überweisen. Hinzu kam eine weitere Spende von Sandoz in Höhe von weiteren 10 Millionen Franken an „einen Rheinfonds, der Forschungsprojekte zum Ökosystem Rhein unterstütze“ (ebd.).

Nach Überzeugung der Autoren führte die Katastrophe von Schweizerhalle zwar nicht zu einer grundsätzlichen Neubewertung der Basler Leitbranche Chemie, jedoch war das Verhältnis lange Zeit danach schwierig, zumal sich im zeitlichen Umfeld des Unglücks mit den Grünen eine gesellschaftliche Kraft etablierte, die der Chemieindustrie kritisch gegenüberstand.

An der Jahrtausendwende wurde das Themenfeld Klima- und Umweltschutz in Basel mehrheitsfähig: Zwischen 2005 und 2020 wurde der Stadtkanton von einer rot-grünen Regierungsmehrheit geführt. 2019 rief Basel-Stadt als Vorreiter in der Schweiz den Klima-Notstand aus, mit dem Ziel, den Kanton in der Zukunft auf ökologisches Handeln zu verpflichten. Freilich bleibt für die Zukunft die Frage offen, ob hiermit ein historischer Einschnitt erreicht ist. Wird es tatsächlich gelingen, die Klimawende durchzuführen und Konzeptionen einer „Kreislaufgesellschaft“ oder einer „Smart City“ durchzusetzen? Schon seit dem späten Mittelalter waren Menschen immer wieder nach Basel zugezogen, so daß die städtische Gemeinschaft stets aufs Neue mit der Herausforderung konfrontiert war, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen zu integrieren und diese schrittweise am politischen Entscheidungsprozeß partizipieren zu lassen. Im Betrachtungszeitraum hat Basel mehrfach eine Vorreiterrolle innerhalb der Schweiz in dieser Hinsicht eingenommen. So führte die Stadt am Rhein 1966 das Frauenstimm- und -wahlrecht ein und war mit dieser Entscheidung allen übrigen Kantonen in der Deutschschweiz voraus. Auch als das Frauenstimm- und -wahlrecht fünf Jahre später auf der nationalen Ebene etabliert wurde, gehörten die Basler Männer zu den Vorreitern: 82,2 % der Basler Stimmbürger waren bereit, der weiblichen Bevölkerungshälfte politische Teilhaberechte zu gewähren. 1968 durften dann die Basler Frauen erstmals zur Urne schreiten. Im gleichen Jahr wurde auch in Basler Schulen die Koedukation eingeführt, genauso wie von nun an frisch verheiratete Lehrerinnen nicht mehr automatisch aus dem Dienst ausscheiden mußten. Der Band stellt u. a. die Christdemokratin Dr. Gertrud Spies vor, die zu den ersten weiblichen Abgeordneten im Großen Rat zählte und 1975 sogar zu dessen Präsidentin gewählt wurde.

Auch wenn Spies schließlich sogar noch in den Nationalrat gewählt wurde, bedeutete die Anerkennung des Frauenstimmrechtes in erster Linie einen Anfangs- und keinen Endpunkt für die Frauenbewegung. – Denn noch lange Jahre waren Frauen im Großen Rat massiv unterrepräsentiert: Im Jahr 1984 lag die Frauenquote hier noch immer bei weniger als 20 %. Zwar nahmen vor allem linke Parteien, die in den 1970er Jahren entstanden, sich Frauenbelangen an, doch hatten selbst hier Frauen z. T. das Gefühl, daß die Vorstandsarbeit von Männern geleistet wurde, während Frauen in erster Linie dafür da seien, Flugblätter auf der Maschine zu tippen, die sie dann auch selbst austeilen dürften. Vor diesem Hintergrund schildern die Autoren u. a. die Ziele der neuen Frauenbewegung in den 1970er Jahren, der es auch in Basel um „straffreie(n) Schwangerschaftsabbruch, eine freiere Sexualität, die Anerkennung von Frauenarbeit, insbesondere der Hausarbeit, Frauengesundheit, ein Ende des Sexismus und gleichberechtigte Partnerschaften“ (S. 93) ging.

Spürbare Verbesserungen aus Sicht der Frauen bildeten 1988 auf Bundesebene die Novellierung des Eherechtes sowie schon ein Jahr zuvor in Basel die Einführung der 42-Stunden-Woche und der gleitenden Arbeitszeit. Gleichzeitig wurde der Schwangerschafts- bzw. Mutterschaftsurlaub auf 16 Wochen verlängert. Im übrigen waren in Basel seit 1987 Frauen bei der Feuerwehr und Polizei sowie als Tramwagenfahrerinnen zu finden. Ebenfalls im Jahr 1987 kam es zur Einreichung der „Basler Lohnklage“: 19 Kindergärtnerinnen sowie Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen klagten gegen augenscheinliche Lohnungleichheit und erhielten vier Jahre später vom Bundesgericht Recht – und jetzt endlich auch mehr Geld vom Kanton Basel-Stadt. Die „Basler Lohnklage“ hatte Vorbildwirkung für Vertreterinnen der entsprechenden Berufsgruppen in anderen Kantonen, die ebenfalls Klagen einreichten.

Ins Jahr 1991 fällt schließlich auch der erste Frauenstreik in der Schweiz, dessen unmittelbaren Anlaß die Tatsache bildete, daß Frauen in der Uhrenindustrie im Jura als voll ausgebildete Kräfte schlechter bezahlt wurden, als männliche Praktikanten. – Seit dem ersten Frauenstreik hat sich nun viel bewegt, so schuf der Kanton Basel-Stadt 1992 eine Frauenstelle (später Gleichstellungsbüro), ebenso wie es schrittweise zur Einführung von Quotenregelungen kam; bspw. fordert der Kanton seit 2014 in Aufsichts- und Verwaltungsräten von Staatsunternehmen eine Frauenquote von 30 %, die 2019 erreicht wurde. Im Regierungsrat waren Frauen seit 1992 vertreten. Heute ist die politische Parität zwischen Männern und Frauen im Großen Rat und in der Regierung Basels nahezu erreicht.

Themen der heutigen Frauenbewegung wurden beim zweiten Frauenstreik 2019 zum Ausdruck gebracht: 40.000 Teilnehmerinnen artikulierten die Forderung nach Lohngleichheit bzw. eine bessere Entlohnung von Berufen, die vorwiegend von Frauen ausgeübt werden, „eine gerechtere Verteilung der Hausarbeit und eine Anerkennung dieser Tätigkeit als Arbeit“ (S. 98). Ebenso machten sich die Streikenden für die Rechte diverser Menschen stark.

Neben dem Blick auf die Durchsetzung von Frauenrechten behandelt der Band freilich auch die Entwicklung des politischen Spektrums in Basel-Stadt und er fragt danach, ob und in welchem Rahmen Gerechtigkeit im Bildungssystem erreicht werden konnte. Ein eigenes Kapitel ist auch der Basler Integrationspolitik gewidmet, die sich im Laufe von über sechs Jahrzehnten fundamental gewandelt hat. In den 1960er Jahren war das Integrationskonzept aus heutiger Sicht mehr oder weniger platt: Wer in die Schweiz kam, der sollte sich der einheimischen Kultur anpassen. Heute wird „Integration (...) als interkultureller Lernprozess verstanden“ (S. 14), bei dem beide Seiten – Einheimische wie Zugezogene – profitieren können. Jedoch bleiben zahlreiche Aufgaben im Bereich Integration zu bewerkstelligen. So gilt es beispielsweise noch immer, erkennbaren Benachteiligungen von Frauen und von Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt entgegenzutreten. Ein weiteres Problem stellt die Tatsache dar, daß Menschen mit körperlichen und psychischen Erkrankungen noch immer viel zu oft an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Auch ihren Anliegen gilt es verstärkt Gehör zu verschaffen. Am Ende des Bandes steht die Frage, wie Stadt und Stadtgesellschaft Basels in Zukunft aussehen werden. Es ist durchaus möglich, so die Autoren, daß die Gesellschaft vielfältiger und diverser sein wird und die Stadt durch mehr Grün als durch Grau geprägt wird. Angesichts der vorhandenen Umweltprobleme ist es eine Notwendigkeit, dem Raubbau an Ressourcen entgegenzutreten und „neue Formen des Bauens und Zusammenwohnens“ (S. 11) zu etablieren. Dabei bleibt stets unklar, ob die Wirtschaft wachsen oder eher schrumpfen wird – klar ist aber für den Rezensenten, daß die Autoren einen überaus gelungenen Band vorgelegt haben, der die städtische Gesellschaft in den letzten sechs bis sieben Jahrzehnten in ihrer gesamten Vielfältigkeit beschreibt.

Michael Kitzing

#### QUELLE

Informationsmittel (IFB) : digitales Rezensionsorgan für Bibliothek und Wissenschaft

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/>

<http://informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=13119>

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=13119>